

→ Seite 2

Abgrenzung zwischen Halle und Magdeburg ...

→ Seite 5

CDU Sachsen-Anhalt stärkt Wachstum u. Fam.

→ Seite 7

CDU-Landtagskandidaten für Wahl am 26.03.06

→ Seite 8

Saniertes Rathaus in Besitz genommen

→ Seite 9

Deutschland in der demografischen Falle

→ Seite 13

Gedenken an Opfer politischer Gewaltherrschaft

→ Seite 15

Informationsrelais bringt Europa näher

Nach 7 Jahren Stagnation in Deutschland ein Neuanfang unter Kanzlerin Merkel



Kanzlerin und Hoffnungsträgerin: Angela Merkel Foto: L. Chaperon

Angela Merkel hatte im Wahlkampf eine nüchterne Analyse der Lage Deutschlands geliefert und weitreichende Reformen zur Genesung des Landes vorgeschlagen - auch auf dem Magdeburger Domplatz. Viele Bürgerinnen und Bürger sprechen sich in Umfragen zwar angesichts der Misere, die 7 Jahre Rot-Grün hinterlassen haben, für grundlegende

Reformen in Deutschland aus - aber bitteschön bei den anderen. Für einen selbst soll alles bleiben wie es ist. Ein Paradoxon! Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, nennt das der Volksmund.

Und so endete die Bundestagswahl am 18. September mit einem klaren Unentschieden. Mit der Folge, dass viele dringend erforderlichen Reformen unterbleiben werden, weil die neue Regierung dafür kein Mandat hat. Die Wähler haben eine Große Koalition zusammen gezwungen, die eigentlich niemand wollte. Keine guten Voraussetzungen für eine stabile, erfolgreiche Bundesregierung.

Dennoch ist mit der Wahl Angela Merkels vielleicht eine besondere Chance verbunden, weil überraschend mit Matthias Platzeck ein zweiter Ostdeutscher an der Spitze der beiden Volksparteien steht. Damit besteht die Hoffnung, dass beide außerhalb der politischen

Rituale und trotz der täglichen Verführungen einer allgegenwärtigen Mediengesellschaft mit Pragmatismus die großen Probleme unseres Landes anpacken werden.

Gerade im Osten würde aber auch ein Scheitern der Großen Koalition das ohnehin geringe Vertrauen in die parlamentarische Demokratie weiter erschüttern. Der Weg in die Extreme und damit in Richtung Weimar wäre vorgezeichnet. Dazu darf es nicht kommen.

So bleibt zu hoffen, dass Angela Merkel mit Beharrlichkeit, Nüchternheit und weiblichem Charme die Mehrzahl der mutlosen und verzagten Deutschen für sich und weitergehende Reformen gewinnt, als sie in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt sind. Mit Angela Merkel hat also nicht nur die erste Frau und die erste Ostdeutsche auf dem Kanzlersessel Platz genommen, sondern sie verkörpert auch große Hoffnungen auf einen Neuanfang in Deutschland. *Wik*

Vom Jammerland zum Land der Frühaufsteher Sachsen-Anhalt auf dem Weg in die Zukunft

Rund 100 Vertreter aus allen CDU-Kreisverbänden kamen am 12. November in Hohenmölsen zum CDU-Landesausschuss zusammen, um den programmatischen Grundstein für die Landtagswahl am 26. März nächsten Jahres zu legen. In einer fast einstündigen Rede zog der Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer eine Bilanz über die Arbeit der derzeitigen CDU/FDP-Landesregierung. Dabei betonte er, dass die notwendigen Reformen eingeleitet worden sind. Beispielhaft nannte er die Verwaltungsreform, bei der bereits erste Erfolge zu erkennen sind, sowie die erst vor kurzem beschlossene Gebietsreform. Mit der Gebietsreform wer-

den zukunftsfähige Strukturen geschaffen und damit direkt auch die Weichen für eine effiziente Verwaltung im Sinne der Bürger gestellt.

Die Ergebnisse in den letzten PISA-Studien beweisen, dass sich Sachsen-Anhalt auch in Fragen der Bildung in Richtung Zukunft bewegt. In den vergangenen 3 ½ Jahren konnte damit der Stillstand des Magdeburger Modells endlich überwunden werden. Die größte Herausforderung stellt aber weiterhin die Schaffung von Arbeitsplätzen dar, so der Ministerpräsident. Zwar konnten mehr als 18.000 Industriearbeitsplätze in der aktuellen Wahlperiode geschaffen werden, aber durch

den Rückgang im Bereich der Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen, konnte die Zahl der Arbeitslosen nicht im gleichen Maße gesenkt werden. Das Ziel muss also die Stabilisierung und dann die Absenkung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt sein. Als besonderer Erfolg kann die Verbesserung des Ansehens Sachsen-Anhalt in der Öffentlichkeit, weit über unsere Landesgrenzen hinaus, gewertet werden. Vom Image der Jammerlandes gelang der Wechsel zum Bild des Landes der Frühaufsteher. Was die Wahlkampfführung angeht, muss die CDU die Menschen erreichen, so Prof. Wolfgang Böhmer. *Fortsetzung S. 4*



Den Mitgliedern und Freunden der CDU Magdeburg wünscht das Redaktionsteam des Elbkuriers eine besinnliche Vorweihnachtszeit, ein schönes Weihnachtsfest und für das Jahr 2006 alles Gute.

Die Abgrenzung zwischen Halle und Magdeburg überwinden



Professor Dr. rer. pol. Martin T. W. Rosenfeld wurde 1952 in Hamburg geboren. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeographie arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und als Hochschulassistent. Die Promotion erfolgte 1983. Nach seiner Habilitation und einem Forschungsaufenthalt in den USA war er von 1994 bis 1998 als Dozent für Volkswirtschaftslehre tätig. Seit 1998 leitet er die Forschungsabteilung für Stadtökonomik im Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und hat Lehraufträge an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg übernommen.

Elbkurier: Herr Prof. Rosenfeld, Deutschland ist in den letzten Jahren immer tiefer in die Krise geraten. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit wächst, der Aufbau Ost ist ins Stocken geraten. Nun soll eine große Koalition die Dinge wieder richten. Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung?

Prof. Rosenfeld: Was ich eigentlich erwartet hätte und was man sich hätte wünschen können, das sind Visionen darüber, wie es weitergehen soll in Deutschland. Die Mitglieder der neuen Regierung machen in der Öffentlichkeit ja vielfach einen freudig-erregten Eindruck, aber beim Wähler wird nicht so recht deutlich, worüber sie sich freuen - ist es nur deshalb, weil sie jetzt einen neuen Job haben? Oder weil sie sich sicher sind, unser Land wieder voran zu bringen? **Beim Wähler kommt nur an, dass wir alle wieder einmal "den Gürtel enger schnallen" müssen.**

Elbkurier: Welche Visionen haben Sie erwartet?

Prof. Rosenfeld: Man könnte doch z.B. explizit die Verfolgung der

"Lissabon-Strategie" in den Mittelpunkt der Politik stellen, wonach die EU zur wettbewerbsstärksten Region der Welt gemacht werden soll - und genau dies auch für Deutschland anstreben.

Elbkurier: Aber hat Angela Merkel nicht eine ähnliche Vision, wenn sie den Tanker Deutschland wieder in Fahrt bringen will?

Prof. Rosenfeld: Aber wollen das nicht eigentlich alle, und ist das denn eine Vision, nur "wieder Fahrt aufzunehmen"? Und wohin soll der Tanker denn fahren?

Elbkurier: Wo müsste angesetzt werden?

Prof. Rosenfeld: Zum Beispiel bei der Ausbildung und bei der Lebensarbeitszeit. Angesichts des demographischen Wandels müssten wir unsere Jugend - und gerade auch die Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen - wesentlich besser als heute ausbilden, gleichzeitig die Ausbildungsdauer verkürzen und insgesamt die Lebensarbeitszeit verlängern. Demgemäß ist die **Verschiebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ein Schritt in die richtige Richtung**, aber er sollte nicht erst ab dem Jahrgang 1970 beginnen, sondern deutlich früher.

Elbkurier: Was würden Sie konkret vorschlagen?

Prof. Rosenfeld: Wir müssen wegkommen von der starren Altersgrenze in der Rentenversicherung. Das entspricht dem System der Industriegesellschaft, in dem es für die Mehrheit der Arbeitnehmer nur geringe individuelle Gestaltungsmöglichkeiten gab, ist heute aber längst überholt. Wer länger arbeiten möchte, sollte länger arbeiten dürfen und **wer früher in Rente gehen möchte, sollte dies tun können, aber mit marktgerechten Abschlägen.**

Elbkurier: Was sollte im Steuer- und Transfersystem geschehen?

Prof. Rosenfeld: Steuersenkungen sind sicherlich nach wie vor gefragt, und die lassen sich letzten Endes nur über wirkliche Struktur-reformen und den Abbau von staatlichen Aufgaben finanzieren.

Dabei ist auch zu fragen, wie zukünftig der soziale Ausgleich hergestellt werden soll. Insgesamt gesehen müssen wir wegkommen von einer Umverteilung über alle möglichen Wege, um endlich wieder mehr Transparenz zu schaffen.

Elbkurier: Welche Umverteilung meinen Sie?

Prof. Rosenfeld: Heute gibt es zahlreiche staatliche Kanäle, über die das Einkommen zugunsten der sozial Schwächeren umverteilt wird: von den Steuern über die Sozialversicherungen und die Sozialversicherungsbeiträge bis hin zu den Eintrittsgeldern für städtische Einrichtungen. Das führt zu sehr viel Bürokratie mit entsprechend hohen Kosten und zu mangelnder Transparenz für die Bürger - und keiner weiß genau, wer am Ende am meisten profitiert.

Elbkurier: Wie würden Sie das Problem lösen?

Prof. Rosenfeld: Ich bin dafür, dass der soziale Ausgleich nur noch über das Steuersystem und über direkte Zuschüsse an die Personengruppen erfolgt, die man begünstigen will, also z.B. sozial Schwache oder Familien mit Kindern. Das würde den Sozialstaat transparenter machen und die Menschen würden die Unterstützung der Gesellschaft unmittelbarer spüren.

Elbkurier: Können Sie das mit einem Beispiel verdeutlichen?

Prof. Rosenfeld: Nehmen Sie die Rente. Viele Rentnerhaushalte müssten von der Sozialhilfe leben, wenn es keine Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung von den Besserverdienenden zu den weniger gut Verdienenden geben würde. Dies ist auch eine der Ursachen für die hohen Rentenversicherungsbeiträge. Das Ausmaß der Umverteilung wird aber nicht ohne weiteres sichtbar.

Elbkurier: Was läuft hier schief?

Prof. Rosenfeld: Wir müssen die Rentenauszahlungen wieder an den eigenen Einzahlungen der Menschen ausrichten, wie das in einer Versicherung üblich ist. Wer nicht genügend eingezahlt oder sonst vorgesorgt hat, kann nur mit einem Bürgergeld auf relativ nied-

rigem Niveau rechnen. Das Bürgergeld würde dann aber direkt vom Bund finanziert werden, nicht über die Rentenversicherung. Damit würden auch Spielräume für die Senkung der Lohnnebenkosten entstehen, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigt. Allerdings sind zur Senkung der Lohnnebenkosten auch noch weitere Maßnahmen erforderlich.

Elbkurier: Ist die Senkung der Lohnnebenkosten denn der Königsweg zu neuen Arbeitsplätzen?

Prof. Rosenfeld: Es ist zumindest eine der "Hauptstraßen" in diese Richtung. Wir stehen im globalen Wettbewerb, nicht nur die einzelnen Betriebe sondern gewissermaßen unsere Gesellschaft als Ganzes. Die gesamte Arbeitslosigkeit werden wir mit der Senkung der Lohnnebenkosten nicht beseitigen können. Ein weiterer Ansatzpunkt ist vermutlich der Ausbau des Niedriglohnssektors, indem es z.B. mit Hilfe von Lohnzuschüssen wieder attraktiver gemacht wird, bestimmte Jobs anzunehmen. Dabei geht es auch darum, einen gleitenden Übergang von Transfers und Besteuerung nach amerikanischem Vorbild zu erreichen.

Wir müssen dahin kommen, dass die soziale Absicherung nicht als "Hängematte" sondern als "Sprungtuch" funktioniert.

Wer in die Arbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe fällt, soll mit Druck und Anreizen wieder in Arbeit gebracht werden, das muss unser Ziel sein.

Elbkurier: Aber dazu braucht es natürlich auch ausreichend Arbeitsplätze. Wie sollen die entstehen?

Prof. Rosenfeld: Neben vielen Möglichkeiten im Niedriglohnsektor, was freilich einen stark geöffneten Arbeitsmarkt verlangt, brauchen wir insgesamt gesehen gerade hier im Osten Deutschlands mehr Unternehmer mit neuen Ideen. Deshalb müssen wir vor allem junge Leute ermutigen, ihre berufliche Zukunft als Unternehmer zu gestalten und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

weiter auf Seite 3

Interview mit Professor Martin Rosenfeld

Elbkurier: Aber gerade hier in den neuen Ländern ist der Unternehmer nicht besonders gut angesehen. Das dürfte jungen Menschen wenig Mut machen!?

Prof. Rosenfeld: Das ist ein gesellschaftliches Problem. Wir müssen auf allen Ebenen ansetzen, damit sich das Bild vom Unternehmer als ausbeuterischer Kapitalist aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts grundlegend verändert. **In der Informations- und Wissensgesellschaft muss in gewisser Weise jeder Mensch sein eigener Unternehmer sein.**

Elbkurier: Wo sehen Sie gerade für Sachsen-Anhalt Chancen für junge Unternehmer?

Prof. Rosenfeld: Sicherlich nicht nur, aber auch und gerade in den immer wieder zitierten Zukunftsbranchen wie der Bio- oder Nanotechnologie und ihren Anwendungsbereichen. Nun stößt gerade die Biotechnologie auf Akzeptanzprobleme. Hier liegt ein deutlicher Widerspruch zwischen der staatlichen Förderung der Biotechnologie als Wissenschaft und den Möglichkeiten ihrer kommerziellen Anwendung. Ich behaupte: wenn wir in Sachsen-Anhalt die Früchte der Biotechnologie, die wir so massiv fördern, auch ernten wollen, müssen wir auch mehr für die Akzeptanz tun und die Menschen besser über die Möglichkeiten der Biotechnologie aufklären, gerade auch hinsichtlich der grünen Biotechnologie. Sehen Sie sich die Botanischen Gärten an. Sie entstammen einer Idee der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Neue exotische Pflanzen wurden ins Land geschafft und revolutionierten die Landwirtschaft. **Warum sollten wir nicht neue Botanische Gärten für gentechnisch veränderte Pflanzen schaffen, in denen die Menschen über die Möglichkeiten und wirtschaftlichen Chancen der Gentechnologie aufgeklärt werden?**

Elbkurier: Wo sehen Sie weitere Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt? Sollte man nur noch die Branchen-Cluster



gezielt fördern?

Prof. Rosenfeld: Niemand weiß, welche Branche Zukunft hat und welche nicht. Deshalb warne ich vor einer gezielten Unterstützung einzelner Branchen. Auf der anderen Seite ist es sicher von Vorteil, wenn in einer Region eine bestimmte Konzentration von Unternehmen aus einer Branche besteht als wenn wir nur gleichsam eine "Kathedrale in der Wüste" haben. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich im Süden des Landes die chemische Industrie wieder stark etabliert hat. Im Raum Magdeburg arbeiten etwa 3.000 Menschen in der Produktion von Windkraftanlagen. Solche Konzentrationen einzelner Branchen sind auf jeden Fall vielversprechende Ansatzpunkte für regionale Cluster, von denen man sich ein besonders dynamisches Wachstum, eine hohe Innovationskraft und Ausstrahlungseffekte auf die Gesamtwirtschaft in einer Region verspricht.

Elbkurier: Wie kann ein solches regionales Cluster unterstützt werden? Was empfehlen Sie etwa für den Windkraftanlagenbau in Magdeburg?

Prof. Rosenfeld: Noch einmal: auf keinen Fall sollte ausschließlich der Windkraftanlagenbau unterstützt werden, auch wenn er zur Zeit durchaus vielversprechend ist. Denn gerade an diesem Beispiel wird ja auch deutlich, dass die positive Entwicklung auf energiepolitische Maßnahmen auf der Bundesebene zurückzuführen ist. Sollte die Energiepolitik geändert werden, könnte dies auch für die Branche zu negativen Konsequenzen führen. Deshalb befürworte ich

eher eine weitere Stärkung der allgemeinen Standortbedingungen in Magdeburg, von denen dann auch die Windenergieanlagenbauer profitieren können. Einerseits müssen die sogenannten weichen Standortfaktoren weiter ausgebaut werden. Das heißt, Magdeburg und Umgebung müssen weiter zu einem attraktiven Arbeits- und Wohnstandort mit hoher Lebensqualität entwickelt werden. Außerdem sollten wissenschaftsnahe Einrichtungen wie der geplante Wissenschaftshafen ausgebaut werden; dabei wäre zu überlegen, ob auch Forschungsbereiche angesiedelt werden könnten, die in Richtung Windkraft und regenerative Energien forschen. Damit könnte dieser Sektor in der Region stärker verankert werden.

Elbkurier: Dazu gibt es an der Fachhochschule bereits erste Ansätze.

Prof. Rosenfeld: Dann wäre zu überlegen, inwieweit diese Forschungsaktivitäten mit der vorhandenen Industrie vernetzt und insgesamt ausgebaut werden können.

Elbkurier: Wie muss sich das regionale Umfeld in Magdeburg darstellen? Reicht der gesetzlich geschaffene Zweckverband aus, um die Zusammenarbeit von Stadt und Umland zu verbessern?

Prof. Rosenfeld: Die gemeinsame Flächennutzungsplanung reicht nicht. Der Zweckverband muss mehr leisten. Er muss vor allem für einen regionalen Blickwinkel sorgen. Es ist letztlich egal, wo im Raum Magdeburg eine Investition getätigt wird, Hauptsache sie kommt in die Region. Dazu muss aber die Region als ganze wettbewerbsfähig sein.

Elbkurier: Was sollte der Verband konkret tun?

Prof. Rosenfeld: Der **Zweckverband muss für ein günstiges Wirtschaftsklima sorgen**, indem er sich um Werbung und Imagepflege kümmert und die Region alleine nach außen vertritt - richtig professionell. Außerdem sollte er für die Infrastruktur- und Schulentwicklungsplanung zuständig sein, damit in der Stadt nicht Schulen

geschlossen und im Umland neue gebaut werden müssen. So etwas können wir uns nicht leisten, die Mittel wären für andere Zwecke zum Nutzen der gesamten Region besser zu gebrauchen.

Elbkurier: Wie stehen Sie zu dem neuen Ansatz der Metropolregionen in Deutschland?

Prof. Rosenfeld: Für mich steht letztlich die Frage dahinter, ob wir Sachsen-Anhalt alleine verkaufen wollen oder ob wir uns gemeinsam mit den Städten in Sachsen und Thüringen als Mitteldeutschland vermarkten wollen. **Wir müssen zunächst die starke Abgrenzung zwischen den Städten Halle und Magdeburg überwinden.** Hier sehe ich zum Beispiel Möglichkeiten in einer noch engeren Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulen. Die zwangsweise Profilierung der Hochschulen, wie sie Kultusminister Olbertz durchgesetzt hat, weist bereits den richtigen Weg. In anderen Bereichen sollten die Städte von sich aus zu einer Arbeitsteilung kommen. Die Stadt Halle könnte damit ihre Position gegenüber Leipzig stärken; Magdeburg könnte z.B. die hallischen Potentiale im kulturellen Bereich nutzen, um sich gegenüber Berlin und Hannover zu profilieren.

Elbkurier: Und eine Kooperation der Städte über Sachsen-Anhalt hinaus?

Prof. Rosenfeld: Eine Metropolregion Mitteldeutschland hätte sicher gewisse Vorteile für die beteiligten Städte, sofern es zu einer wirklichen Arbeitsteilung kommt. Denken Sie z.B. an den Bereich der Theater. Hier gibt es eine große Vielfalt und viele herausragende Einzelleistungen, aber keine Stadt in Mitteldeutschland hat ein wirklich bundesweit herausragendes Theater. Hier wäre es im Rahmen der Arbeitsteilung denkbar, nur ein gemeinsames Theater-Ensemble zu unterhalten, das dann aber bundesweit in der "Ersten Liga" mitspielen könnte, wobei als Spielorte alle Großstädte in Mitteldeutschland weiterhin erhalten werden sollten.

Elbkurier: Herr Prof. Rosenfeld, vielen Dank für dieses Gespräch.

Termine

Dezember

17.12.2005, 18.00 Uhr
Weihnachtsfeier OV Sudenburg
Ramada-Hotel, Hansapark 2

20.12.2005, 19.00 Uhr
Weihnachtsfeier OV Ottersleben
Ottersleber Krug

Januar

16.01.2006, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

25.01.2006, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Café Nordlicht, Zielitzer Straße

25.01.2006, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

31.01.2006, 19.00 Uhr
Ortsverband Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest", Baum-
schulweg 48

Februar

20.02.2006, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

22.02.2006, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Café Nordlicht, Zielitzer Straße

22.02.2006, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteldeutsche Vereini-
gung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

28.02.2006, 19.00 Uhr
Ortsverband Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest", Baum-
schulweg 48

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg, Hegelstr. 23
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:

Wlfrid Köhler
Layout/Satz:
Birgit Uebe, Medien-
und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Forts. S. 1: Vom Jammerland zum Land der Frühaufsteher



Ministerpräsident Böhmer zieht vor dem CDU-Landesausschuss am 12. November 2005 in Hohenmölsen eine erfolgreiche Bilanz der Landesregierung.
Foto: Tobias Krull

Nicht unerwähnt ließ der Ministerpräsident auch die Ergebnisse der Bundestagswahl. Dabei betonte er, wie schwierig die Koalitionsverhandlungen gewesen sind und dass beide Seiten nun die erzielten Kompromisse gemeinsam umsetzen müssen. Die Rede wurde mit einem Zitat von Altbischof Nowak beendet: "Der Hoffnung Zukunft geben".

Mit stehenden Ovationen dankten die Delegierten Prof. Böhmer für seine Rede und seine bisherige Arbeit an der Spitze der Landesregierung.

Der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel, stimmte mit einer kämpferischen Rede auf den kommenden Landtagswahlkampf ein.

Dabei vergaß er nicht, auf Versäumnisse und gemachte Erfahrungen aus der letzten Bundestagswahl hinzuweisen. Das TeAM Zukunft soll auch bei den Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt erneut zum Einsatz kommen. Damit wird eine Möglichkeit zur Unterstützung der CDU auch außerhalb bestehender Partiestrukturen beibehalten.

Eines der vordringlichen Ziele muss der Stopp der Abwanderung sein. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Menschen ist dabei der entscheidende Schlüssel. Als Volkspartei muss die CDU die Probleme der Menschen vor Ort erkennen und das Mitgestalten ermöglichen. Gerade für Magde-

burg war die Aussage von Thomas Webel wichtig, dass die Städte wieder für die Christdemokraten zurückerobert werden müssen.

Für den kommenden Wahlkampf forderte Webel alle CDU-Mitglieder und Unterstützer auf, ihr Bestmögliches zu tun. Fehlende finanzielle Mittel müssten durch das Engagement vor Ort ausgeglichen werden, wenn es darum gehe, um jede einzelne Wählerstimme zu kämpfen. Die Gefahr des Stillstandes oder gar des Rückschrittes durch eine mögliche rot-rote Landesregierung müsse verhindert werden.

Als Vorsitzender der Programmkommission brachte Fraktionschef Jürgen Scharf die Wahlplattform (2006-2011) der CDU Sachsen-Anhalts ein. Mit dem vorliegenden Entwurf wolle die CDU sich auf wesentliche Aussagen konzentrieren. Neben dieser Kurzfassung existiert eine mehr als 80-seitige Anlage zur Wahlplattform. In seiner weiteren Rede betonte der Vorsitzende der Landtagsfraktion die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und Fraktion. Die vorgelegte Wahlplattform wurde schließlich einstimmig beschlossen und in die Gliederungen der Landes-CDU zur Diskussion überwiesen.
Tobias Krull

Eva Wybrands "Kommissionspräsidentin"

Die Magdeburger Landtagsabgeordnete Eva Wybrands wurde als internationale Präsidentin der Kommission für Wissenschaft, Erziehung und Kultur der Europäischen Frauen-Union wiedergewählt. 70 Delegierte aus 18 Ländern bestätigten Wybrands für zwei weitere Jahre im Amt der Gremienchefin innerhalb des Dachverbandes der christdemokratischen Frauenorganisationen in Europa.

Als Hauptaufgabe für die kommenden zwei Jahre sieht Wybrands die Durchführung einer vergleichenden Studie zu den Auswirkungen der EU-Wissenschaftspolitik auf den Arbeitsmarkt. Den Hintergrund bildet dabei die so genannte "Lissabon-Strategie" der EU, derzufolge sich Europa zum wettbe-



Eva Wybrands im Gespräch mit der schweizerischen Bundeskanzlerin, Annemarie Huber-Holz, über die Förderpolitik der EU für junge Frauen.

werbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln soll. "Wir wollen wissen, wie sich unterschiedliche Ansätze einzelner Länder bei der Umsetzung der Lis-

sabon-Strategie auf die Chancen berufstätiger Frauen in ihrer Region auswirken", sagte Eva Wybrands am Rande der Ratssitzung der Europäischen Frauen-Union im schweizerischen Bern.

Wahlplattform 2006-2011 im Entwurf vorgelegt

CDU Sachsen-Anhalt stärkt Wachstum und Familie



Nach acht verlorenen Jahren unter Rot-Rot hat die CDU das Land Sachsen-Anhalt seit 2002 wieder in die Reihe der geachteten Bundesländer geführt. Unsere Erfolge wie bundesweite Spitzenplätze bei Wachstum und Investitionen und auch die Zielsetzungen für die kommende Legislatur müssen nun bis zur Landtagswahl 2006 überzeugend vermittelt werden. Mit einem neuen Wählerauftrag wollen wir den eingeleiteten Kurswechsel in der kommenden Legislatur festigen.

Es ist eine Binsenweisheit, dass nicht die Bilanz der Regierungsarbeit an sich, sondern die Art und Weise, wie die Menschen sie interpretieren, über den Wahlerfolg entscheidet. Hat sich die tatsächliche Lebenslage der Menschen verbessert? Haben wir Antworten auf ihre Fragen gefunden? An diesen Fragen entscheidet sich der Wahlausgang und damit die Zukunft der Regierungskoalition aus CDU und FDP.

Der auf dem Landesausschuss in Hohenmölsen erstmals beratene Entwurf einer Wahlplattform zur Landtagswahl 2006 wirbt in transparenter, prägnanter und medial gut vermittelbarer Form für Ergebnisse und Ziele unserer Politik. An den Anfang haben wir diejenigen Themenfelder gestellt, die wir zu inhaltlichen Schwerpunkten unseres Wahlkampfes machen wollen: Wachstum und Beschäftigung, Familie und Bildung.

In der **Wirtschaftspolitik** verfolgen wir - im Einklang mit entsprechenden Zielsetzungen der EU und im

Unterschied zur Linkspartei PDS und auch zu einflussreichen Strömungen in der SPD - weiterhin eine konsequente Wachstumsorientierung. Wir sind überzeugt, dass zentrale Probleme unseres Landes wie die Massenarbeitslosigkeit, Überalterung der Gesellschaft und die Knappheit öffentlicher Mittel nur über qualitatives und quantitatives Wirtschaftswachstum gelöst werden können. Um dies zu erreichen, wollen wir weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung und verantwortlicher Deregulierung ergreifen. Angesichts zurückgehender Spielräume in der Investitionsförderung sieht der Wahlplattform-Entwurf den Ausbau von Bürgerschafts- und Beteiligungsfinanzierungen wie auch von Unternehmensnetzwerken und Forschungsinfrastruktur vor. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll es für Jugendliche, Berufsstarter und Menschen über 55, die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben, auch in Zukunft spezielle Förderprogramme geben.

Familienpolitik bleibt für uns eine Kernaufgabe. Eingebettet in fast alle anderen Politikbereiche wird sie mitentscheidend dafür sein, ob wir das derzeitige demografische Szenario verändern können. Als ein wichtiger

Schritt auf diesem Weg wollen wir Familien den Zugang zu bestehenden und noch zu entwickelnden Beratungs- und Bildungsangeboten erleichtern. In "Nachbarschaftszentren" sollen diese Angebote wohnortnah mit der Betreuungsinfrastruktur der Kindertagesstätten verknüpft werden. So können Familien intensiver bei der Bewältigung alltäglicher Probleme unterstützt und Freiräume für individuelle Elterninitiativen eröffnet werden. Das grundlegende Anliegen dieser familienfördernden Maßnahmen ist ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel für mehr Kinderfreundlichkeit. Es kommt darauf an, verstärkt für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf zu werben und so ein Klima zu schaffen, dass Familien- und Erwerbsarbeit anerkannt, geachtet und in diesem Land auch miteinander vereinbar sind.

In der **Bildungspolitik** will sich die CDU in der kommenden Legislatur auf die weitere Profilierung der einzelnen Schulformen konzentrieren. Dies gilt insbesondere für die Sekundarschulen, die qualitativ fortentwickelt und über ein Modernisierungsprogramm attraktiv ausgebaut werden sollen. Im Hochschulbereich muss der Prozess der international

wettbewerbsfähigen Ausrichtung der Hochschulstrukturen fortgesetzt werden. Spitzenleistungen unserer Hochschulen wollen wir über einen forcierten Wissenstransfer in die Wirtschaft - insbesondere auch durch Unternehmensausgründungen - beschäftigungspolitisch nutzbar machen. Das Exzellenzprogramm wird fortgesetzt.

Von konkreten Zielzahlen zur Sanierung der Landesfinanzen über die Ausweitung der DNA-Analyse in der Verbrechensbekämpfung, die Übertragung zusätzlicher Regelungskompetenzen auf die Kommunen bis hin zur Aufklärung über das Unrechtsregime der DDR enthält der Wahlplattform-Entwurf eine Vielzahl weiterer Forderungen aus allen Politikbereichen. Diese programmatischen Grundlegungen sollen in den kommenden Monaten mit Bürgern, Institutionen und Verbänden eingehend diskutiert werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden bis zum Programmparteitag am 25. Februar 2006 in die Wahlplattform eingearbeitet. Schon heute kann die vorliegende Entwurfsfassung aber bereits zur Grundlage für die Erarbeitung von Wahlkampfmaterialien genutzt werden.

Jürgen Scharf, MdL



NEU: ein Paar superentspiegelte und gehärtete Gleitsichtgläser*
aus leichtem Kunststoffmaterial für stufenloses Sehen von der Ferne in die Nähe

nur **159,-** statt ~~298,-~~ **EURO**

Zusätzlich: **Sehtest kostenlos**

Die maximale Reflexreduzierung durch die Superentspiegelung bringt angenehmen Selbstkontakt bei allen Lichtverhältnissen, insbesondere auch in der Dämmerung und nachts beim Autofahren. Die Hartbeschichtung sorgt dafür, dass die Gläser beständiger gegenüber Umwelteinflüssen sind und die spezielle Feinoptikgüte hilft die Gläser einfach zu reinigen.

* alle Lieferbereiche sphärisch und torisch

MENZOPTIC
Nutzen Sie unseren neuen Erschließungsservice!
Auch für Brillengläser und Fassungen, die nicht aus unserem Hause sind.

Brillen Mode
www.menzoptik.de

**Bruno-Taut-Ring 4b
im EKZ Olven 1
39130 Magdeburg**

Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen aus kommunaler Sicht



Peter Götz - Bundesvorsitzender der KPV, Dr. Sven-Joachim Otto - Vorsitzender des AK und Reinhard Stern. Foto: privat

In jedem Jahr treffen sich die Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU der großen Städte Deutschlands um über wichtige Themen aus ihrer kommunalpolitischen Arbeit zu sprechen. In diesem Jahr war Augsburg Gastgeber. Wir wurden im Rathaus vom Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion und dem 2. Bürgermeister der Stadt ganz herzlich begrüßt. Nach der Besichtigung des Rathauses wartete ein umfangreiches Programm

auf die Teilnehmer. Zunächst referierte Peter Götz, MdB, Bundesvorsitzender der KPV, über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen aus Sicht der Kommunen. Er stellte klar, dass sich die meisten kommunalrelevanten Forderungen der Union im Vertrag finden. Im Sinne unserer Städte, Gemeinden und Landkreise ist der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD als Erfolg zu werten. Die Große Koalition möchte die Kraft und die Lei-

stungsfähigkeit der Gemeinden, Städte und Kreise wieder nutzen. Dazu müssen sie ihre Heimat aber wieder selbst gestalten können. Insbesondere die finanziellen Spielräume der Kommunen müssen sich verbessern.

Um Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer gemeinsamen Anstrengung zu konsolidieren. CDU/CSU und SPD sind sich einig: Die Kommunal финанzen müssen auch zukünftig auf einer soliden Basis stehen. Dazu soll die Gewerbesteuer fortentwickelt und die Grundsteuer vereinfacht werden. Einen weiteren Schwerpunkt nahm die Novellierung des Vergaberechts ein.

Für PPP-Projekte sollen einheitliche Strukturen geschaffen werden. Ein sehr wichtiger Aspekt soll eine Grundgesetzergänzung sein. "Durch Bundesgesetze dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden." Das bedeutet letztendlich, wer bestellt, bezahlt.

Endlich kann damit das Konnektivitätsprinzip durchgesetzt werden.

Viele weitere Themen sind im Vertrag verankert, so der Bürokratieabbau, die Grundsicherung für Arbeitssuchende optimieren, die zukunftsfähigere Gestaltung der Stadtentwicklung, die Förderung von familien- und kindergerechten Kommunen und nicht zuletzt die Stärkung der aktiven Bürgergesellschaft.

In einem interessanten Vortrag stellte der Geschäftsführer der städtischen Augsburger Wohnungsbaugesellschaft die Entwicklung, Planung und Bebauung von Konversionsflächen vor. Schließlich referierte der zuständige Abteilungsleiter im Bayerischen Landesamt für Umweltschutz über die Feinstaubbelastung in den Städten und Wirkungen von Verkehrsregelungen. Die Teilnehmer der Tagung nutzten die Vorträge jeweils zu einer ausführlichen Diskussion.

Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender
der CDU-Ratsfraktion

Doris Memmler Geschäftsführerin mit Erfahrung



Mit der Verabschiedung von Gisela Luding übernahm Doris Memmler, Dipl. Betriebswirtin (FH), die Leitung des Kreisverbandes Magdeburg. Sie ist am 3.6.1964 in Magdeburg geboren, verheiratet und hat zwei Kinder. In den 90er Jahren arbeitete sie in verschiedenen Unternehmen im Innendienst. Ab 1998 war Doris Memmler die rechte Hand von Walter Remmers, MdL, und ab 2002 die Mitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Gerhard Ruden.

Neue Geschäftsführerin des CDU-Kreisverbandes Magdeburg ist seit Oktober Doris Memmler, die frühere Mitarbeiterin des bisherigen Landtagsabgeordneten Gerhard Ruden. Sie ist damit vom Kreisvor-

stand in Abstimmung mit dem CDU-Landesverband zur Nachfolgerin von Gisela Luding bestimmt worden, die diese Aufgabe seit Februar 2001 mit großem Engagement und persönlichem Einsatz

gemeistert hat. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde am 28. September in den Räumen des Kreisverbandes würdigte Kreisvorsitzender Jürgen Scharf die Verdienste von Frau Luding für den Kreisverband. Besonders hob er dabei die unbedingte Zuverlässigkeit der Geschäftsstelle in allen finanziellen Fragen heraus.

Scharf bedauerte, dass Nachfolgerin Memmler kaum Zeit haben werde, sich in die neue Aufgabe einzuarbeiten, weil der Kreisverband bereits in den Vorbereitungen für die Landtagswahl am 26. März 2006 stehe. Allerdings kenne Doris Memmler seit Jahren das besondere Geschäft der Organisation und Verwaltung des politischen Betriebs. Das helfe ihr, einen reibungslosen Übergang in der Geschäftsstelle zu organisieren. Der Elbkurier wünscht Doris Memmler alles Gute und stets eine glückliche Hand.

Heynemann dankt allen Wahlkämpfern für Einsatz

Für die CDU-Deutschland war der 18. September 2005 als Wahlabend der Bundestagswahl kein großer Erfolg. Um so erfreulicher ist es für den CDU-Kreisverband Magdeburg, dass Bernd Heynemann über die Landesliste Sachsen-Anhalt wieder den Einzug in den Bundestag geschafft hat. Für den 51-jährigen Magdeburger ist es seine zweite Wahlperiode.

Auf diesem Wege möchte ich mich bei all denjenigen, die sich im Bundestagswahlkampf - besonders beim Plakatieren, an den Infoständen, mit Spenden und anderer Unterstützung - engagierten, herzlich bedanken. Durch diese Unterstützung haben wir einen guten Wahlkampf in Magdeburg führen können.

Bernd Heynemann

CDU-Landtagskandidaten für Wahl am 26. März 2006 nominiert

CDU-Bewerber wollen 2006 ihr Direktmandat verteidigen

Auf vier getrennten Wahlkreismitgliederversammlungen hat der CDU-Kreisverband seine Kandidaten für die Landtagswahl am 26. März 2006 gewählt.

Während Kreisvorsitzender Jürgen Scharf und Eva Wybrands ohne Gegenkandidaten ein einstimmiges Votum der CDU-Basis zu einer erneuten Kandidatur erhielten, mussten die Abgeordneten Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke Kampfabstimmungen überstehen.

Für das Direktmandat Magdeburg-Süd bewarben sich neben dem bisherigen Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke auch

Stadtrat Gunter Schindehütte und MdL Wigbert Schwenke. Zu diesem "Duell" der beiden Landtagsabgeordneten war es gekommen, weil der Landesgesetzgeber den Zuschnitt der Wahlkreise in Sachsen-Anhalt grundlegend neu geordnet hatte. Das Gebiet Ottersleben war damit zum bisherigen Wahlkreis von Dieter Steinecke geschlagen worden, so dass beide Abgeordneten gerne diesen Wahlkreis, in dem sie ihren Wohnsitz haben, im künftigen Landtag vertreten hätten. Die Wahlkreisversammlung wählte Dieter Steinecke bereits im ersten Wahlgang zum Kandidaten der CDU.

Für das Direktmandat im Wahlkreis 12 (Magdeburg West) bewarben sich neben Wigbert

Schwenke auch Wolfgang Madzek, Unternehmer und Kreisvorsitzender der Mittelstandsvereinigung MIT, der Schüler Maximilian Schmidt sowie Klaus-Dieter Theise, Geschäftsführer des Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH und Schatzmeister im Kreisvorstand der CDU Magdeburg.

Wigbert Schwenke wurde von den anwesenden wahlberechtigten CDU-Mitgliedern bereits im ersten Wahlgang gewählt und kann sich damit auf eine breite Zustimmung in der Christlich Demokratischen Union im Wahlkampf stützen.

Damit haben sich letztlich alle bisherigen Landtagsabgeordneten wieder als Kandidaten der CDU-Magdeburg durchgesetzt.

Der neue **Landtags-Wahlkreis 10** umfasst die Stadtteile Alte Neustadt, Barleber See, Gewerbegebiet Nord und Industriehafen,

Kannenstieg, Neue Neustadt, Neustädter Feld, Neustädter See, Rothensee sowie Sülzegrund.

Der neue **Landtags-Wahlkreis 11** umfasst die Stadtteile Altstadt, Berliner Chaussee, Brückfeld, Buckau, Cracau, Herrenkrug, Kreuzhorst, Pechau, Prester, Randau-Calenberge, Stadtfeld Ost, Werder und Zipkeleben. Die Landtagswahl findet am 26. März 2006 statt.

Der neue **Landtags-Wahlkreis 12** umfasst die Stadtteile Alt Olvenstedt, Diesdorf, Großer Silberberg, Neu Olvenstedt, Nordwest, Stadtfeld West und Sudenburg.

Der neue **Landtags-Wahlkreis 13** umfasst die Stadtteile Beyendorf-Sohlen, Beyendorfer Grund, Fermersleben, Hopfengarten, Leipziger Straße, Lemsdorf, Ottersleben, Reform, Salbke und Westerhüsen. Die Landtagswahl findet am 26. März 2006 statt.



Jürgen Scharf (geb. 15.09.1952) ist verheiratet und wohnt in Pechau. Nach seinem Hochschulstudium in der Fachrichtung Mathematik arbeitete er in der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet Lacke und Farben. Seit 1994 ist Jürgen Scharf Vorsitzender des Kreisvorstandes MD. Von 1995-2000 war er stellv. Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Sachsen-Anhalt und seit 2002 Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes.

Er ist Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt seit der 1. Wahlperiode, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Mitglied im Ältestenrat, seit 1994 Vorsitzender des Kreisverbandes Magdeburg, Vorsitzender des Ev. Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt, Vorsitzender "Freundeskreis Ökumenisches Domgymnasium" e.V. in Magdeburg, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.



Eva Wybrands (geb. 05.09.1951) ist verheiratet und hat zwei Töchter. Nach Abitur und einem abgeschlossenen Hochschulstudium in Germanistik und Anglistik arbeitete sie als Lehrerin am Gymnasium und wurde zeitweilig abgeordnet zum Aufbau der Lehrerfortbildung. Das 1. und 2. Staatsexamen legte sie ab und wurde 2002 Oberstudienrätin.

Eva Wybrands ist seit Mai 2002 Landtagsabgeordnete, Bundes- und Europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Vors. des LFA Bundes- und Europaangelegenheiten, Mitglied im BFA für Bundes- und Europaangelegenheiten, Vorsitzende der internationalen Kommission Wissenschaft, Erziehung und Kultur sowie Landesvorsitzende der Frauen-Union Sachsen-Anhalt.



Wigbert Schwenke (geb. 22.07.1960 in Magdeburg) ist verheiratet und hat zwei Söhne. Nach Abitur und Ausbildung zum Facharbeiter für Datenverarbeitung arbeitete er 1980-1992 im Datenverarbeitungszentrum Magdeburg, danach als Berater für Arbeitnehmerfragen im Sozialen Beratungsbüro Magdeburg der Stiftung Christlich-Soziale Politik Königswinter e.V. und von 1995-2002 als Operator bei den Städtischen Werken Magdeburg. Wigbert Schwenke ist seit 1990 Stadtrat in Magdeburg und Vorstandsmitglied des Vereins Bürger für Ottersleben e.V., seit 2002 ist er Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt.



Dieter Steinecke (geb. 11.02.1944) ist gelernter BMSR-Mechaniker und Diplom-Ingenieur (FH) für Maschinenbau. Von 1984 bis 1994 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg sowie von 1990 bis 2001 als Bürgermeister und Beigeordneter in der Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg. Seit Frühjahr 2002 ist er Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt (Direktmandat in Magdeburg-Süd). Er ist Vorsitzender des CDU-Landesfachausschusses Wirtschaft und Arbeit, Vorstandsmitglied im Deutsch-Ukrainischen Forum (Stuttgart) und engagiert sich in zahlreichen Vereinen und Verbänden.

Gedenken an Reichskristallnacht und friedl. Revolution 1989



Bürgerinnen und Bürger bei der Gedenkveranstaltung am Magdeburger Bürgerdenkmal. Unter anderem sprach auch der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Gerhard Ruden, zu den Anwesenden.
Fotos+Text: Tobias Krull

In Magdeburg wird an verschiedenen Orten an das schreckliche Wirken der beiden deutschen Unrechtsregime in unserer Stadt gedacht. Doch es wird auch an den Erfolg der friedlichen Revolution im Herbst 1989 erinnert. Am Bürgerdenkmal versammelten sich am 2.

Oktober einige Bürgerinnen und Bürger, um der siegreichen Auflehnung der Bevölkerung der DDR gegen die SED-Diktatur zu gedenken.

Zum 67sten Jahrestag der "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 versammelten



Der Landesrabbiner hält eine Rede aus Anlass des 67sten Jahrestags der Reichskristallnacht, auch im Bild als Vertreter des Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann sein Mitarbeiter Gerhard Häusler, und die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke und Wigbert Schwenke (v.l.n.r.).

sich Bürgerinnen und Bürger am Denkmal für die zerstörte Magdeburger Synagoge in der heutigen Julius-Bremer-Straße. Von den mehr als 2000 Angehörigen der jüdischen Kultusgemeinde Magde-

burg Anfang der dreißiger Jahre überlebten nur sehr wenige die Tragödie des Holocaust. Diesen und allen anderen Opfern des nationalsozialistischen Regimes wurde in würdiger Form gedacht.

Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet



Als ausgewogene Arbeitsgrundlage bezeichnete der Europaabgeordnete Dr. Horst Schnellhardt (EVP/CDU) das Abstimmungsergebnis des Binnenmarktausschusses zur Dienstleistungsrichtlinie. Die Handschrift der CDU-CSU - Gruppe im Europäischen Parlament sei im vorliegenden Kompromiss deutlich zu erkennen. Mit Lösungsvorschlägen, die die praktische Umsetzbarkeit und Bürokratieabbau zum Ziel haben, konnte man sich gegen die Vorstellungen der Sozialdemokraten und Grünen im Europäischen Parlament durchsetzen, so Schnellhardt.

Saniertes Rathaus in Besitz genommen

Die Bevölkerung Magdeburgs und ihre Gäste erhielten am 3. Oktober die Gelegenheit, das frisch sanierte Alte Rathaus in Augenschein zu nehmen und die zahlreichen Kultur- und Informationsangebote an diesem Tag zu nutzen. Mehrere tausend Besucher besichtigten unter anderem den komplett umgestalteten Ratssaal sowie den so noch nie gesehenen Innenhof. Letzterer wird sich gerade in den Sommermonaten vermutlich zu einem echten Besuchermagneten entwickeln.

Neben den Räumlichkeiten des Oberbürgermeisters und den Arbeits- und Beratungsräumen der Ratsfraktionen finden sich zahlreiche Multifunktionsräume im rekonstruierten Gebäudekomplex. Diese sollen auch Stätten der Kultur werden.

Am 3.11. war es soweit, dass die Mitglieder des Magdeburger Stadtrates sich zur ersten Sitzung im neuen Ratssaal als ständigen Tagungsraum für die Ratssitzungen trafen. Gemeinsam durchschnitten der Oberbürgermeister und der Stadtratsvorsitzende das symbolische Band und nahmen den Otto-von-Guericke-Saal in Besitz. Vor dieser Zeremonie führen zahlreiche Rats-



Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper (l.) und Stadtratsvorsitzender Jens Ansoerge (CDU) durchschneiden das Band und nehmen den Ratssaal offiziell in Besitz.
Foto: Tobias Krull

mitglieder mit einer historischen Straßenbahn vom Landtag, dem Sitzungsort während des Rathausumbaus, zum Alten Rathaus.

Mit einem der Architekten und dem Oberbürgermeister hielt auch der Vorsitzende des Stadtrates Jens Ansoerge eine Eröffnungsrede. Neben dem Dank an die Bauleute und die Verantwortlichen aus den Reihen der Stadtverwaltung richtete er auch einige Bitten an die Mitglieder des Stadtrates. Dabei stand der Wunsch im Vordergrund, dass demokratische Spielregeln und Gepflogenheiten eingehalten und

die persönliche Integrität trotz manchmal heftiger politischer Kämpfe stets gewahrt bleiben sollte. Die CDU-Ratsfraktion bezog ihre neuen Diensträume. Aus diesem Anlass hier die Adresse.

**Landeshauptstadt Magdeburg
CDU-Ratsfraktion
Altes Rathaus, Alter Markt
Raum 142 (1. Etage)**

Die bekannten Telefon- und Faxanschlüsse (0391 5402871/5402780) sowie die eMail-Adresse cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de bleiben weiterhin gültig. Reinhard Gurcke
Fraktionsgeschäftsführer

Deutschland rutscht in die demografische Falle



Prof. Hermann Adrian schlägt Alarm: die negative Bevölkerungsentwicklung ist Ursache vieler Probleme.

In einem leidenschaftlichen Vortrag hat der Mainzer Prof. Hermann Adrian am 8.11. im Intercity-Hotel Magdeburg auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung die demografische Entwicklung in Deutschland erläutert. Dabei machte er vor knapp zwei Dutzend Zuhörern deutlich, dass seit 1970 in Deutschland nur noch zwei Drittel der Kinder geboren werden, die für einen zahlenmäßigen Ersatz der jeweiligen Elterngeneration benötigt würden. Die durchschnittliche Fertilität liege im Westen seit 1973 bei etwa 1,4 Kindern pro Frau. Für einen Ersatz der jeweiligen "Elterngeneration" würden jedoch 2,1 Kinder pro Frau benötigt. Man müsse davon ausgehen, dass die Geburtenzahlen weiter rapide sinken werden. Nur Japan habe als einziges Land über einen noch länge-

ren Zeitraum eine ähnlich niedrige Fertilität wie Deutschland, mit gravierenden Folgen für die japanische Wirtschaft. Im Gegensatz dazu hätten Frankreich, die USA, Großbritannien, Irland und die skandinavischen Länder eine Geburtenrate nahe dem idealen Wert 2 von Kindern pro Frau. Für Prof. Adrian ist es entscheidend zu erkennen, dass die kontinuierliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1970 und der Rückgang der Geburtenzahlen im ursächlichen Zusammenhang stehen. Der Geburtenmangel ist die Ursache der zunehmenden Arbeitslosigkeit, da die Betreuung der fehlenden 8 Millionen Kinder mit Wohnraum und allen anderen benötigten Gütern nicht erbracht wird, was Arbeit für ca. 5 Millionen Menschen bedeuten würde. Die vordergründige Vorstellung, die hohe Arbeitslosigkeit würde durch kleinere nachwachsende Jahrgänge von selbst abgebaut werden, ist falsch - das Gegenteil ist richtig", betonte Adrian.

Tatsächlich wirke sich ein Geburtenrückgang volkswirtschaftlich zunächst positiv aus. Der Staat muss weniger Geld ausgeben z.B. für Schulen und Kinderbetreuung. Demzufolge wächst die Wirtschaft zunächst. Erst etwa 20 Jahre später werden die langfristigen negativen Folgen massiv wirksam. Die Zahl der jungen, in das Berufsleben ein-

tretenden Erwerbstätigen nimmt stark ab, mit entsprechenden Rückgängen an dynamischer Tatkraft, des Steuer- und Abgabenaufkommens sowie mit katastrophalen Auswirkungen auf Immobilienwerte und Firmeninsolvenzen.

Fazit: Spätestens seit dem Jahr 2000 schrumpfte die Binnennachfrage, sanken die Unternehmensgewinne und Löhne, gebe es Kapitalabfluss und sinkende Investitionsquoten mit der Folge allgemeiner Verunsicherung und Kaufzurückhaltung, abwandernden Unternehmen, abwandernden Leistungsträgern und weiter sinkender Fertilität. Damit führe Kinderlosigkeit zwangsläufig zu Wohlstandsverlust für alle.

Als überfällige Gegenmaßnahmen schlägt Adrian vor, die systematische Ausbeutung der Familien mit Kindern zu beenden. Die heutigen Sozialsysteme seien grob ungerecht, da Kinderlose so behandelt werden, als hätten sie 2 Kinder aufgezogen. Dies würde dadurch offensichtlich, dass Kinderlose später von den erwachsenen Kindern der Familien stärker profitieren als die Eltern dieser Kinder. Sozialbeiträge und Renten müssten daher nach der Kinderzahl gestaffelt werden. "Für die volle Rente muss man nicht nur Beiträge bezahlt sondern auch 2 Kinder aufgezogen haben. Kinderlosen steht demnach nur die halbe

Rente zu, sagte Prof. Adrian. Der Staat beute Familien aus und beschenke Kinderlose. Er verführt damit junge Menschen aktiv zur Kinderlosigkeit, obwohl alle zukünftigen Sozialleistungen ausschließlich von den Kindern erwirtschaftet werden müssten.

Auch unser ungerechtes Steuersystem benachteilige Familien massiv. Heute werden Kinder steuerlich durch Steuerbefreiung des Existenzminimums (Kinderfreibetrag und Betreuungsfreibetrag) berücksichtigt. Wenn man jedoch nur das Existenzminimum steuerfrei stelle und für die Kinder nicht wie in Frankreich ein Familien-Splittingverfahren anwende, dann müssten die Eltern jeden Euro, den sie über das Existenzminimum hinaus für ihre Kinder aufwenden, mit ihrem persönlichen Spitzensteuersatz versteuern. "Unser Staat hat eben für Kinder nichts übrig, alles muss ihm vor dem Bundesverfassungsgericht abgetrotzt werden", sagte Adrian sarkastisch in Richtung Politik.

Adrian betonte, dass Familien die Leistungsträger der Gesellschaft sind und nicht die Kinderlosen. Kinderlose leisteten insgesamt am wenigsten, trügen die geringste Verantwortung, zahlten die niedrigsten Steuern und erhielten die höchsten Renten. Mehr dazu unter www.Kinder-und-Familie.de. *wik*

SCHREIBER & SUNDERMANN

Herrenmode am Dom

Ab jetzt wieder Maßanzüge!

Danzstraße 10 · 39104 Magdeburg · Tel. 0391 - 543 09 11



Positive Zwischenbilanz der Jungen Union Magdeburg

Vor rund einem Jahr wurde ein neuer Kreisvorstand durch die Mitglieder der Jungen Union Magdeburg gewählt. Bereits zu Beginn seiner Arbeit setzte sich dieses Gremium klare Ziele und formulierte Vorstellungen zur Verbesserung der Verbandsarbeit. Eine der Schwerpunkte in der Arbeit der Jungen Union ist die Organisation von Veranstaltungen für Mitglieder und Interessierte. Neben den bewährten Diskussionsrunden wurden weitere Veranstaltungstypen wie der JU-Stammtisch zum lockeren Meinungsaustausch erfolgreich etabliert. Auch die öffentliche Wahrnehmung von Projekten konnte deutlich verbessert werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Blutspendeaktion "Schwarze geben Rotes". In Zusammenarbeit mit Dritten, wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, konnte das Angebot an Terminen



Mitglieder des JU-Kreisverbandes mit dem JU-Landesvorsitzenden Markus Kurze, MdL (Bildmitte).
Foto: Tobias Schmidt

verbreitert und somit attraktiver gestaltet werden.

Unter der Internetadresse www.ju-md.de findet sich nach dem Neustart des Internetangebots der JU Magdeburg ein ausführliches Informationsangebot über die Programmatik, die Termine und die Perso-

nen, die hinter der Verbandsarbeit stehen. Das JU-Magazin "Blackboard" erschien inzwischen zwei Mal und eine weitere Ausgabe befindet sich in unmittelbarer Vorbereitung. An der Arbeit der Landesgremien der Jungen Union Sachsen-Anhalt beteiligt sich unser Kreisverband

aktiv. So waren Vertreter aus Magdeburg bei allen Sachsen-Anhalt-Räten sowie beim JU-Landestag anwesend und brachten sich in Form von Änderungsanträgen auch in die inhaltlichen Arbeit ein.

Die JU gehört zu den Mitbegründern des Rings-Politischer-Jugend Magdeburg und mit dem Jugendforum Magdeburg wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Der Bundestagswahlkampf gehörte zu den absoluten Schwerpunkten der JU-Arbeit in den vergangenen Monaten. Dabei zeigten Mitglieder unseres Verbandes bis zur letzten Minute vollen Einsatz.

Bei der Mitgliederentwicklung konnte seit dem Anfang dieses Jahres eine Steigerung um rund 16% erreicht werden. Es existiert aber noch ein erhebliches Potenzial für die Mitgliedergewinnung. T. Krull

JU-Kreisvorsitzender

Schwenke führt KPV-Kreisverband



Der neue Vorstand der KPV: v.l.n.r. Tobias Krull, Wigbert Schwenke, MdL, Michael Heendorf und Hubert Salzborn (Silke Buschmann fehlt) F.: Gurcke

Der Magdeburger Kreisverband der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV) wählte einen neuen Kreisvorstand. An der Spitze steht der Stadtrat und Landtagsabgeordnete Wigbert Schwenke. Als sein Stellvertreter wurde Stadtrat Hubert Salzborn bestätigt. Neu im Vorstand ist in der Funktion des Schriftführers Stadtrat Michael Heendorf. Als Beisitzer vervollständigen Silke Buschmann und Tobias Krull den neuen Kreisvorstand. KPV-Kreisvorsitzender Wigbert Schwenke dankte dem alten Vorstand, insbesondere seinem Amtsvorgänger Herbert Becker, für die geleistete Arbeit. Als einen Arbeits-

schwerpunkt setzte sich der neue Kreisvorstand die Diskussion zur möglichen Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Weitere Themen sind unter anderem die Vergabepaxis der öffentlichen Hand, die Belastungen von Kommunen und BürgerInnen durch die Hartz IV-Gesetzgebung und die Bildung von Zweckverbänden. Die entsprechenden Aussprachen sollen auch über bestehende Parteilinien hinweg stattfinden. Neben der thematischen Diskussion sollen im Rahmen der Kreisverbandsarbeit Personen für die Wahrnehmung kommunalpolitischer Aufgaben geschult werden. R. Gurcke

Bürgerpreis des Vereins "Bürger für Bürger in Magdeburg" übergeben



Am 24. November vergab zum ersten Mal der Verein "Bürger für Bürger in Magdeburg e.V." den Bürgerpreis der Stadt. Der Verein bewertet ehrenamtliche Arbeit und Unterstützung des Gemeinwohles für die Bürger der Stadt Magdeburg. Der Verein, der sich 2004 gründete und überparteilich agiert, vergab in diesem Jahr zum ersten Mal diese Auszeichnung. Vereinsvorsitzender Peter Westphal legte in den Räumen der Sparkasse am Alten Markt nochmals das Grundanliegen des Vereines dar. Eine Jury wählte unter 16 Bewerbern folgende Preisträger aus:

1. Pfarrer Dietrich Warner für den Aufbau der Kulturscheune und

sein Engagement für die Hörgeschädigten-Seelsorge

2. Frau Edeltraud Schochert, ausgezeichnet als Gründerin und Leiterin der Arbeitsgruppe: Dialog der Generationen und

3. Kneipp-Verein Magdeburg für den "Bau" des Kneippvereines, eines Begegnungs- und Rehabilitationszentrums in der Hermann-Gieseler-Halle, den Preis nahm Rainer Voigt entgegen.

Die Dotierungen wurden u.a. gesponsert von der Sparkasse und Bernd Heynemann, MdB. Diese Vergabe des Bürgerpreises wird nun jährlich erfolgen.

Bernd Heynemann, MdB

Foto: Schochert

RCDS und Junge Union zu Besuch im Landtag



Mitglieder des Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten und der Jungen Union besichtigen auf Einladung von Dieter Steinecke den Landtag.

Welche Geheimnisse verbergen sich hinter der Eingangspforte des Landtagsgebäudes? Was macht so ein Landtagsabgeordneter eigentlich den ganzen Tag? Wie läuft eine

Landtagssitzung ab? Das sind nur einige der Fragen, die man sich vor seinem ersten Besuch im Landtag von Sachsen-Anhalt stellen kann. Am 6.10. erhielten die Mitglieder

des RCDS und der JU die Gelegenheit hinter die Kulissen des Landesparlamentes zu schauen. Nach dem Durchlaufen der üblichen Sicherheitsmaßnahmen, erhielten die Anwesenden in einem Rundgang die Gelegenheit sich mit der Geschichte des Landtages und seines heutigen Sitzes am Domplatz vertraut zu machen. Dabei erzählte der sachkundige Führer die eine oder andere amüsante Anekdote aus der lebendigen Vergangenheit des Hauses. Im Anschluss daran nahmen wir auf der Besuchertribüne des Plenarsaales Platz, verfolgten die teilweise recht lebhaft abgelaufene Sitzung und erhielten einen direkten Einblick in den parlamentarischen Alltag. Dabei konnte man eine gewisse Betriebsamkeit während der Sit-

zung bei den Parlamentariern feststellen.

Den krönenden Abschluss stellte die anschließende Gesprächsrunde mit Dieter Steinecke dar. In der Diskussion ging es vor allem um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Auch wurden Fragen diskutiert, wie es gelingen kann, vor allem jüngeren Menschen in ihrer Heimat eine Lebensperspektive zu bieten. Leider verlassen uns viele Sachsen-Anhalt spätestens nach ihrer Ausbildung. Mit neuen Eindrücken und Erkenntnissen sowie dem festen Wunsch einen solchen Besuch zu wiederholen und das Gespräch untereinander zu suchen, endete diese rundum gelungene Veranstaltung.

*Maximilian Schmidt
JU-Pressesprecher*

"Fraktion vor Ort" im Magdeburger Norden

Im Rahmen der Reihe "Fraktion vor Ort" stellen sich die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion den Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft in deren unmittelbaren Arbeits- und Lebensumfeld. Anfang Oktober wurde in den Räumlichkeiten des Werner-von-Siemens-Gymnasiums eine solche Veranstaltung durchgeführt. Dabei sollten insbesondere die Problemlagen in den nördlichen Stadtteilen Magdeburgs thematisiert werden.

Neben der Stadträtin und den Stadträten war auch die CDU-Landtagsabgeordnete Eva-Maria Wybrands sowie der Vorsitzende des zuständigen CDU-Ortsverbandes, Daniel Kraatz, anwesend, um sich dem Gespräch mit den Bürgern zu stellen. Wieder einmal nutzten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger diese Gelegenheiten für den direkten Kontakt mit den Kommunalpolitikern.

Als einer der Themenschwerpunkte wurde schnell der Komplex der Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet deutlich. So drehten sich Redebeiträge von Seiten der Gäste zum Beispiel um den Zustand der Gehwege im Stadtteil Neustädter See. Weitere Diskussionen behandelten die Durchsetzung des bestehenden Alkohol- und Rauchverbo-



Fraktionssitzung: Gesprächsrunde bei der Sitzung "Fraktion vor Ort" im Werner-von-Siemens-Gymnasium. Fotos: Tobias Krull

tes auf städtischen Spielflächen. "Im Sinne der Bürgerschaft, insbesondere der betroffenen Anwohner, will die CDU-Ratsfraktion gemeinsam mit dem Stadtordnungsdienst nach Lösungen suchen", so der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Reinhard Stern.

Zu einem kommunalpolitischen Dauerbrenner entwickelt sich der Zustand des Neustädter Sees. So muss gerade in den Sommermonaten eine starke Verschmutzung der Uferanlagen festgestellt werden. Mehr als beklagenswert ist die derzeitige Situation der Aussichtsplattform. Dazu erklärt der Stadtrat

Johannes Rink: "Zwar sind Gelder für die Sanierung der Plattform im städtischen Haushalt beantragt, eine endgültige Entscheidung wird aber erst im Rahmen der Haushaltsdiskussion erfolgen".

Natürlich wurde auch die Zukunft des Tagungsortes, des Werner-von-Siemens-Gymnasiums, diskutiert. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport, Stadtrat Gunter Schindehütte, gab dazu sachkundige Auskünfte. So ist der Umzug dieser bedeutenden Bildungseinrichtung in die Stendaler Straße geplant. Hier ergeben sich durch die unmittelbare

Nähe zur Universität und zum neuentstehenden Wissenschaftshafen ganz neue Möglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler und natürlich auch für die Lehrkräfte. Mit dem Standortwechsel wird in das jetzige Schulgebäude des Gymnasiums die Grundschule Klosterwuhne umziehen. Aktuell bestehende bauliche Probleme, insbesondere der Zustand der Sanitäranlagen, sollen aber kurzfristig angegangen werden.

Die weitere Entwicklung der wohl besucherstärksten Magdeburger Kultureinrichtung, des Zoologischen Gartens, wurde ebenfalls besprochen. Dabei bestand Einigkeit darüber, dass unabhängig von möglichen Bauprojekten und aktuellen Rechtsstreitigkeiten der Zoo als Besuchermagnet weiterentwickelt werden muss.

Als erstes Ergebnis aus dieser Beratung wurden im Stadtrat einige Anfragen an die Verwaltung gestellt. So zum sogenannten Festplatz am Neustädter See durch den Fraktionsvorsitzenden Reinhard Stern. Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

*Reinhard Gurcke
Fraktionsgeschäftsführer
der CDU-Ratsfraktion*

Justizzentrum zieht in die Hauptpost **Schiffshebewerk arbeitet weiter**

Vor rund einem Jahr fasste die CDU-Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Magdeburg auf Initiative von Wigbert Schwenke den Beschluss, die Landesregierung zur Errichtung eines Justizzentrums am Standort der Alten Hauptpost aufzufordern. Damit sollte nicht nur ein zentraler Gerichtsstandort in Magdeburg geschaffen werden, sondern auch eines der bedeutsamsten städtebaulichen Gebäude auf dem Breiten Weg einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Am 24.10.2005 war es dann soweit. Unter den Augen zahlreicher Anwesender, unter anderem von Justizminister Kurt Becker, wurde der offizielle Startschuss für die Umbauarbeiten gegeben. Die CDU war unter anderem mit dem CDU-Kreisvorsitzende Jürgen Scharf und dem Ratsfraktionsgeschäftsführer Reinhard Gurcke vertreten.

Nach der voraussichtlichen Fertigstellung im Herbst 2007 werden im Justizzentrum unter anderem das Oberverwaltungs-, das Verwal-



tings-, das Arbeits-, das Sozial- und das Amtsgericht sowie die Staatsanwaltschaft eine neue Heimstatt finden.

Die Umsetzung dieses Antrages in die Realität beweist, dass die Landesregierung die Beschlüsse der CDU-Parteibasis ernst nimmt. Durch den neugeschaffenen zentralen Justizstandort auf dem Breiten Weg wird ebenfalls die Entwicklung der Innenstadt zu einer lebendigen Lebens-, Geschäfts- und Wohngegend gestärkt.

Renate Röhr, CDU-Mitglied

Das Thema Schiffshebewerk beschäftigt uns schon seit längerer Zeit, seitdem bekannt ist, dass es Pläne des Bundes gibt, über dessen Perspektive nachzudenken. Dazu bestand ständig der Kontakt zu den Verwaltungseinheiten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion. Der Oberbürgermeister hat am 11. Juli diesen Jahres den Verkehrsminister des Bundes angeschrieben mit der Bitte, wenn die Varianten jetzt untersucht werden, zu sagen, welche der verschiedenen Varianten finanziell untersetzt ist. Und die Bitte des Oberbürgermeisters war es, ehe eine Entscheidung gefällt wird, sich noch einmal zusammzusetzen und zu überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, auch mit regionalen Ressourcen einen Weiterbetrieb, in welcher Form auch immer, zu sichern. Und die Zahlen sind vor kurzem vorgestellt worden. Insofern war es etwas überraschend, dass es um die Stilllegung geht. Nach Rückkopplung mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion ist

im Moment die Zielrichtung so, wie es der Bund vorgegeben hat, im Jahr 2009/2010 tatsächlich bauliche Veränderungen vorzunehmen. Das heißt Einbetonierung der Schwimmer. Das ist im Moment die Lage. Das heißt also, es wird jetzt in den nächsten Wochen, Monaten oder in den nächsten Jahren keine entsprechenden baulichen Veränderungen geben, die eine Außerbetriebnahme dauerhaft festlegen würden. Für das Jahr 2006 braucht die Wasser- und Schifffahrtsdirektion das Schiffshebewerk noch einmal. Da gibt es eine Inspektion der Schleuse. Bis zur "endgültigen" Schließung in 2009 bleibt also noch Zeit für das Bauwerk zu kämpfen.

Wir als CDU-Fraktion des Stadtrates begrüßen die nicht definierte Schließung des Schiffshebewerkes und werden uns auch weiterhin für die Aktivierung dieses einmaligen Industrie-Denkmales einsetzen.

*Bernd Heynemann
Stadtrat und MdB*

Herzliche Glückwünsche

Oktober

Rudolf Burkhardt zum 82. Geburtstag
Alfons Winter zum 80. Geburtstag
Walter Remmers zum 72. Geburtstag
Hans-Dieter Haake zum 68. Geburtstag

Horst Luding zum 67. Geburtstag
Adolf Kirschner 67. Geburtstag
Horst Seifert zum 66. Geburtstag

November

Margarete Haunschild zum 84. Geburtstag
Ursula Sens-Schönfelder zum 79. Geburtstag
Heinz Liese zum 75. Geburtstag
Eva-Margret Fritsche zum 73. Geburtstag

Roman Krajinski zum 67. Geburtstag
Wilfried Bautz zum 67. Geburtstag
Erika Erndt zum 66. Geburtstag

Dezember

Erika Hollenberg zum 93. Geburtstag
Christa Wolter zum 77. Geburtstag
Gerhard Janke zum 75. Geburtstag
Isolde Scholz zum 75. Geburtstag

Curt Rieke zum 74. Geburtstag
Bernadette Kulesa zum 70. Geburtstag
Joachim Markstadt zum 69. Geburtstag
Ute Raabe zum 68. Geburtstag

Hannelore Krajinski zum 69. Geburtstag
Gerhard Hirschmann zum 66. Geburtstag
Werner Kühnel zum 65. Geburtstag

Gedenken an die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 -1989



Der stellvertretende Kreisvorsitzende Wilfried Köhler und CDU-Fraktionschef Reinhard Stern legen in Gedenken an die Opfer der politischen Gewaltherrschaft einen Kranz nieder. Fotos: Birgit Uebe

Am Volkstrauertag wurde auch der zahlreichen Opfer der zweiten deutschen Diktatur gedacht. Der Kreisvorsitzende des Bundes der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland, Johannes Rink, hielt dazu im Innenhof der Gedenkstätte am Moritzplatz vor Vertretern von Parteien und Verbänden die nachfolgend abgedruckte Rede:

"Wir gedenken an diesem Ort des Terrors gegen die eigene Bevölkerung durch die SED und ihre willfährigen Helfer - die Stasi - der vielen unschuldigen Opfer der kommunistischen Diktatur. Eine Diktatur, die sich nahtlos an die nationalsozialistische Diktatur anschloss und über 40 Jahre das Denken und Handeln der ihr schutzlos ausgelieferten Bevölkerung bestimmte.

Hier hinter dicken Mauern von der Außenwelt hermetisch abgeschirmt, zeigte der Sozialismus sein wahres Gesicht. Den hier meist grundlos eingesperrten Menschen wurden jegliche Rechte verwehrt. Die Geständnisse, die durch psychische Folter, durch unzureichende Ernährung, durch mangelhafte (schlechte) hygienische Bedingungen, durch Angst erpresst wurden, waren nicht das Papier wert, auf denen es geschrieben wurde.

Die so erpressten Geständnisse wurden zur Urteilsfindung, genauer - zur Strafzuteilung verwendet. Das Recht wurde vor der Mauer, wie hinter der Mauer gebeugt, wurde so missbraucht, wie es die herr-

schende Partei, die SED, brauchte. Das Denken konnte nicht verboten werden, aber den freien Gedanken auszusprechen, stand unter Strafe. Wer es dennoch tat, und das waren nicht wenige, wurde von der Stasi, dem Schild und Schwert der SED, verhaftet und von Parteigenossen in Richterroben verurteilt im Namen des Volkes - das nie gefragt wurde. Langjährige Haftstrafen in Lagern und Zuchthäusern der SBZ und späteren DDR, aber auch viele Todesstrafen an politische Andersdenkenden hatten nur ein Ziel - "Festigung der kommunistischen Diktatur". Um dieses Ziel zu erreichen, wurden selbst DDR-Gesetze gebrochen. Die Erfüllungsgehilfen der SED, die Apparatschiks, die Richter und Staatsanwälte, die Stasi-Schergen, Polizisten und Denunzianten sind heute noch oft im öffentlichen Dienst beschäftigt. Auch im Bundestag als Abgeordnete der PDS sind sie vertreten.

Diese Entwicklung hat keiner von uns im Herbst 1989 vorausgesehen. Wie konnte es dazu kommen? Eine richtige und ehrliche Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus fand nie statt. Die Aufarbeitung wurde verzögert, es wurde vieles vertuscht, die Strukturen der SED wurden nie richtig aufgelöst, SED-Gelder dem eigenen Volk vorenthalten, in ungeahnten Größen verschwanden auf dubiosen Konten - für immer. Die Beziehungen zwischen der SED und linken Kräften in der Bundesrepublik, ich erinnere nur an die Grundwerte-Diskussion zwischen SPD und SED

wurden bewusst nie erwähnt. Einzelnen führenden Genossen wurde Machtmissbrauch vorgeworfen und sie wurden zu geringen Haftstrafen verurteilt. Das System als solches, wurde, wenn überhaupt, als Unrechtsstaat bezeichnet, aber nie als verbrecherische Diktatur. Denn mit einer verbrecherischen Diktatur

hätten Demokraten ja nie verhandelt. Selbst ehemalige DDR-Bürger bezeichneten die DDR als nicht so schlimm (Aussage von Herrn Höppner, ehemals Ministerpräsident unseres Bundeslandes). Die beiden Diktaturen waren höchst unterschiedlich motiviert und ihre Verbrechen unterschiedlich dimensioniert - aber die Einwirkung auf das einzelne Opfer war weitgehend gleich. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Opfer der zweiten deutschen Diktatur ganz offiziell als Opfer 2. Klasse von vielen Politikern, Historikern und Juristen bezeichnet werden. Gemessen an Auschwitz sei das Experiment



"Sozialismus" gar nicht so schlimm gewesen. Der Vergleich zweier Diktaturen ist keine Mengenlehre, es ist eine Frage der Ethik und Moral.

Wer die Opfer der beiden Diktaturen so unterschiedlich bewertet, gibt zu erkennen, dass er aus der Geschichte nicht gelernt hat.

Den Toten, den Verfolgten der beiden Diktaturen sind wir es schuldig, immer an die Verbrechen zu erinnern und dafür mit allen Demokraten gemeinsam gegen jeden Versuch der Errichtung einer neuen Diktatur zu kämpfen.

Ihre Leiden, ihr Kampf darf nicht umsonst gewesen sein."

Gutti's-Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten



Wir kochen und liefern Ihren Braten zum Fest

Eutenbraten, Apfelrotkraut, Petersilienkartoffeln (für 4 Personen) 38,- €

Gänsebraten, Grünkohl, Kartoffelklöße (für 6 Personen) 55,- €

Gänsebraten, Apfelrotkraut, Butterrosenkohl, Kartoffelklöße (8-10 Personen) 89,- €

Gänsekeulen, mit Apfelrotkraut und Klößen p. P. 12,- €



zuzüglich Anlieferung 8,00 €

Beilagen können ausgetauscht werden.

Wir vermitteln Partyräume (25/50/80 Personen) und Partyzubehör

Telefon: 0391 7221326

--- www.guttis-party-service.de ---

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg



CDU-Ball
05.11.2005
im Maritim-Hotel

Schlagkräftige Wirtschaftsförderung fehlt



Die CDU-Fachausschüsse Stadtentwicklung und Wirtschaft hatten sich am 2.11. auf Einladung des Geschäftsführers der Gesellschaft für Wirtschaftsservice (GWM) im Gewerbezentrum Berliner Chaussee mit Stand und Aufgaben der GWM befasst. Daneben stand die Frage im Vordergrund, ob die Struktur der Wirtschaftsförderung in Magdeburg richtig gestaltet ist.

Nach lebhafter Debatte konnten die Ausschussvorsitzenden Wilfried Köhler und Lutz Jäger nur den Schluss ziehen, dass Magdeburg noch immer eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung fehlt und die Zuständigkeiten vielfach zersplittert sind. Größere Ansiedlungserfolge sind nicht festzustellen. Dies könne angesichts der hohen Arbeitslosigkeit niemanden ruhen lassen. An mangelndem Investoreninteresse könne es nicht liegen, war die einhellige Meinung der Teilnehmer, denn schließlich gelinge es vor allem

der Gemeinde Sülzetal ständig neue Großinvestitionen nach Osterweddingen zu holen. Stadt und Wirtschaftsförderung Magdeburg müssten sich daher fragen lassen, was hier schief laufe.

GWM-Geschäftsführer Ralf Tyszkiewicz konnte dazu nur die bescheidenen Möglichkeiten seiner Gesellschaft erläutern. Die GWM sei seit 2002 nur noch für die Verwaltung und Vermarktung des Gewerbezentums Berliner Chaussee sowie einige weitere Objekte im Stadtgebiet verantwortlich. Er konnte auf 25 gewerbliche Mieter verweisen, von denen die meisten Existenzgründer seien, so dass seit dem Frühjahr 2005 eine Vollvermietung bestehe. Außerdem habe die GWM die Aufgabe, das sogenannte Clustermanagement für die Bereiche Maschinen- und Anlagenbau, Gesundheitswirtschaft sowie Kreislaufwirtschaft abzudecken, zur Förderung von Unternehmensnetzwerken. *wik*

Informationsrelais bringt Europa näher



Im Bild von links: Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin; Prof. Dr. Günter Rinsche, Mitglied des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung; Prof. Dr. Danuta Hübner, EU-Kommissarin für Regionalpolitik; Dr. Horst Schnellhardt, MdEP; Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland; Alexandra Mehnert, Bildungszentrum Schloss Wendgräben

Prof. Dr. Danuta Hübner eröffnete am 6.10. das Informationsrelais des EU-Informationsnetzes in Wendgräben. Die Schaffung von Informationsrelais des EU-Informationsnetzes wird es der Kommission ermöglichen, auf ein Netz von geografisch ausgewogenen verteilten lokalen und regionalen Relais in Deutschland zurückgreifen zu können. Ziel ist es vor allem, den Bürgern vor Ort Informationen auf Fra-

gen über Organe, Rechtsetzung und Programme der Europäische Union bereitzustellen.

Die lokale und regionale Debatte über die EU und ihre Maßnahmen wird durch die Möglichkeit der Information aktiv gefördert. Die Relais dienen auch dazu, der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu bieten, den EU-Organen ein Feedback in Form von Fragen, Stellungnahmen und Vorschlägen zu geben.

Mit Eva Wybrands von Rom bis Norwegen



Mitglieder des CDU-Keisverbandes Magdeburg "auf der Siegerstraße" - auf der Straße, die die römischen Kaiser entlangzogen, um sich für einen Sieg feiern zu lassen. Rom war das Ziel der diesjährigen Reise.

Im Jahr 2006 möchten wir diese Tradition fortsetzen und die schönsten Fjorde Norwegens erkunden. Vom 21.08.-27.08.06 möchte ich Interessierte zu der kombinierten Bus-Schiff-Reise einladen. Infos: Eva Wybrands, Tel. 0391 2549814. Eva Wybrands

www.mhkw-rothensee.de

NACH DEUTSCHEM REINHEITSGEBOT ENTSORGT*

* Das Müllheizkraftwerk Rothensee erfüllt die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanforderungen und gewährleistet sicher die Erhaltung der gesetzlich geforderten Emmissionsgrenzwerte.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

Telefon: 0391 / 587-2534
Telefax: 0391 / 587-1764
E-mail: info@mhkw-rothensee.de

mhkw
ROTHENSEE
WIR MACHEN DIE ENTSORGUNG SICHER.

Der Stern

Hat er aber auch erst mehr Verstand
als wie die drei Weisen aus Morgenland
und liebt sich denken, er will wohl nie
den Sternlein nachgehen wie sie,
dennoch, wenn nur das Weihnachtsfest
seine Leiden womöglich schenken Ehr,
Gilt auch auf sein verständig Gesicht
er mag es merken oder nicht
ein freundlicher Stern
Des Wundersterbes voranzumal

Willuhia Biesch

Liebe Mitglieder und Freunde
der CDU in Magdeburg,

es neigt sich ein bewegtes Jahr
seinem Ende zu. Deutschland muss
wieder Tritt fassen, und so können
wir der neuen Koalition in Berlin
nur unsere guten Wünsche mit
auf den Weg geben.

Aber auch in Sachsen-Anhalt und
damit in Magdeburg bereiten wir
uns mit der Landtagswahl auf ein
entscheidendes Jahr vor.

Zuvor wollen wir aber zum Weihnachtsfest
und zum Jahreswechsel innehalten und uns besinnen,
dass wir Menschen zuerst Empfangende und dann Gebende sind.

Der CDU-Kreisverband Magdeburg bedankt sich bei allen Mitgliedern,
Freunden und Förderern, die uns auch in diesem Jahr die Treue gehalten haben.



Wir wünschen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes neues Jahr 2006.

Jürgen Schorf

Jürgen Schorf, Kreisvorsitzender

Doris Kemmler

Doris Kemmler, Kreisgeschäftsführerin